



Anlage 4

Verpflichtungserklärung

Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung von Innovation und Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und in ländlichen Gebieten sowie der Digitalisierung in der Landwirtschaft (RL-IZ Teil II C)

Zum Antrag auf eine Förderung der Digitalisierung in der Landwirtschaft

<input type="checkbox"/>	1. Zur Förderung von Sensorsystemen bzw. Sonden zur Bestimmung der Nährstoffgehalte im Wirtschaftsdüngern oder zur Bestimmung der Nährstoffversorgung der Kulturpflanzen (RL-IZ Teil II C Nr. 2.2)
<input type="checkbox"/>	2. Zur Förderung von Feldrobotern die automatisch Beikraut bekämpfen (RL-IZ Teil II C Nr. 2.3 a)
<input type="checkbox"/>	3. Zur Förderung von vollautomatischen Geräten, die zwischen und innerhalb der Pflanzenreihen mechanisch, thermisch oder durch andere nicht- chemische Verfahren Beikraut bekämpfen (RL-IZ Teil II C Nr. 2.3 b)
<input type="checkbox"/>	4. Zur Förderung von elektronischen Reihenführungen für Geräte, die zwischen Pflanzenreihen mechanisch, thermisch oder durch andere nicht-chemische Verfahren Beikraut bekämpfen (RL-IZ Teil II C Nr. 2.3 c)
<input type="checkbox"/>	5. Zur Förderung von Pflanzenschutzgeräten, die Zielpflanzen bzw. -flächen oder den Befall mit Krankheits- oder Schaderregern erkennen und nur auf diese Pflanzenschutzmittel ausbringen (RL-IZ Teil II C Nr. 2.3 d)
<input type="checkbox"/>	6. Zur Förderung von Digitalen Systeme zur Überwachung des Gesundheitszustandes von Nutztieren und zur Verbesserung des Tierwohls (RL-IZ Teil II C Nr. 2.4)

Antragsteller/in	
Straße	
PLZ/Gemeinde/Ortsteil	
Ackerfläche in ha bzw. Anzahl GV (gesamt)	

Pers.-Ident: Unternehmens-Ident:

Bitte wählen Sie den/die für Sie in Betracht kommende/n Punkt/e aus:

- Der/Die Antragssteller/in erklärt für die nachfolgend aufgeführten Maschinen, Geräte, Sensoren/Sonden bzw. sonstigen digitalen Investitionen, dass die in der „Anlage 2_Übersicht zur Mindestauslastung Mindestinvestitionsvolumen Fördersätzen und Zweckbindungsfristen“ beschriebenen Anforderungen für eine **Mindestauslastung** (nachweisbare Einsatzfläche bzw. Viehbesatz) für den Zeitraum der Zweckbindungsfrist von mindestens 5 Jahren (seit der Abschlusszahlung der bewilligten Zuwendung) **erfüllt** werden:

Maschine/n, Geräte Typ/en, Sensorsystem/e, Sondensystem/e	Anschaffungskosten (in Euro, netto)	Vorgesehene Mindestauslastung gemäß Anlage 2 (in ha oder GV)

- Sofern die nach der o. g. Anlage geforderte Mindestauslastung im Betrieb der/des Antragssteller/in nicht eigenständig gewährleistet werden kann, verpflichtet sich der/die o. g. Antragssteller/in die Anforderungen mit der/ den beim ersten Punkt eingetragenen Maschine/n, Geräten bzw. sonstigen digitalen Investitionen **in Zusammenarbeit mit den nachfolgenden aufgeführten Kooperationspartnern auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung** für den Zeitraum der Zweckbindung von mindestens 5 Jahren (seit der Abschlusszahlung der bewilligten Zuwendung) zu erfüllen:

Auslastungsanteile:

Name, PLZ Ort, Unternehmensident.	Ackerfläche in ha	Tierzahl in GV	Unterschrift
1. <u>Antragsteller/in:</u>			
2. Partnerbetrieb(e):			



Sofern sich die nach der o.g. Anlage 2 geforderte Mindestauslastung im Betrieb des/der Antragstellers/in über die im BG-Bescheid nachgewiesene Flächenausstattung bzw. den nachgewiesenen Viehbesatz oder über Kooperationen mit anderen landwirtschaftlichen Unternehmen nicht nachweisen lässt, jedoch **kurz- und mittelfristig auslastbar im Sinne des Betriebes** ist, sind entsprechende Gründe hierfür nachfolgend aufzuführen (und ggf. mit Belegen, Nachweisen etc. zu ergänzen). Im Rahmen einer Einzelfallprüfung wird dieser Sachverhalt dann gesondert geprüft und entschieden.

Der zuständigen Bewilligungsbehörde sind über die Verpflichtungserklärung hinausgehende Unterlagen (z.B. Kooperationsvereinbarung) auf Verlangen im Rahmen des Zuwendungsverfahrens vorzulegen.

Der/Die Antragsteller/in erklärt, ausdrücklich darauf hingewiesen worden zu sein, dass entsprechende Unterlagen und Zahlungsnachweise im Rahmen von Verwaltungskontrollen geprüft werden und vorsätzlich oder fahrlässig abgegebene falsche Erklärungen eine teilweise oder vollständige Rückforderung der Förderung zur Folge haben können.

Ort

Datum

Unterschrift Antragsteller/in